

Bezugspreis
monatlich M.
in der Geschäftsstelle 35000.—
Ladenausgabe 36000.—
Durch Zeitungsketten 37000.—
im Polen ... 35010.—
Postgebühren besonders
ins Ausland 4500 poln. M. in
deutscher Währung nach Kurs.

Fernsprecher
2273, 3110.

Tel.-Adr.: Tageblatt Posen.
Postcheckkonto für Polen: Nr. 200283 in Warschau.
Postcheckkonto für Deutschland: Nr. 6184 in Breslau

Bei höherer Gewalt, Vertriebsstörung, Arbeitsniederlegung oder Aussperrung hat der Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

Posener Tageblatt

(Posener Warte)

Erhebt
an allen Verlagen.

eigenpreis:
Millimeterzeile in
Anzeigenteil unterhalb
Polens ... 1200.— M.
Reklameteil 3000.— M.
Für Aufträge aus Deutschland { Millimeterzeile im Anzeigenteil 1200.— p. M.
Reklameteil 3000.— p. M.
in deutscher Währung nach Kurs.

Die letzte Etappe oder die erste?

fragt Herr Paul Dobberman in einer an uns gerichteten Buchrist die sich mit dem deutschen Schulweisen in unserm Teilgebiet beschäftigt. Er schreibt:

Die Aufhebung des Minderheitschutzvertrages oder seine Änderung verlangte schon wiederholter Herr Kierski. Bulekt in einem Aufsatz im "Dziennik Poznański" ist, daß ein solcher Vertrag die Souveränität des Staates beeinträchtige. Einer der Hauptfertiger des Minderheitschutzvertrages, der Franzose Clemenceau, sowie der frühere polnische Staatspräsident Traugischski, könnten als Kronzeugen dafür angeführt werden, daß Kierski sich im Irrtum befände. Trotzdem ist Herr Kierski nicht der einzige Pole, der gegen den Minderheitschutzvertrag zu Felde zieht. Neben anderem wird versucht, die ganze Angelegenheit des Minderheitschutzvertrages so darzustellen, als ob er eigentlich neben dem Minderheitschutz noch einen anderen oder gar hauptähnlichen anderen Zweck haben sollte. Diese Meinung versucht man scheinbar mit viel Energie im neutralen Auslands zu verbreiten. Daß es auch wieder, wie Herr Kierski, ein Mann aus Polen, der dieses Geschäft mit großer Betriebsamkeit besorgt: der Professor für Völkerrecht an der Universität in Polen Dr. Bogdan Winarski schreibt in der dänischen Zeitung "Dagens Nyheter" am 23. Juni d. J. in einem längeren Aufsatz u.a.: "Somit hatten die Verträge zwar einerseits den Minderheiten ihre Rechte zu verbürgen, aber andererseits mußte es auch ihre Aufgabe sein, die Folgen jener bemüht polenfeindlichen Politik (der preußischen, nämlich D. Schriftl.) abzuschwächen oder gar zu vernichten." Dieser Aufsatz Winarskis ist in mehreren dänischen Zeitungen nachgedruckt worden. Aus solchen und ähnlichen Ausführungen geht hervor, daß man polnischkeits dem Minderheitschutzvertrag nebst minderheitspolitischen auch mehrheitserzielichen Absichten unterstellen möchte, und zwar diese letzteren in der Hauptsache.

Angesichts dieser polnischen Bestrebungen darf man wohl einmal vor dem interessierten Forum gegenüber folgende Fragen aufwerfen: 1. Ist der Minderheitschutzvertrag überhaupt dazu geschaffen, die Minderheiten auf die Dauer wirklich zu schützen? 2. Oder war er nur als ein Verhügungsinstrument gedacht, die Minderheiten ohne Zwischenfälle in das neue polnische Staatswesen einzuführen?

Nun ist zweifellos weder im Minderheitschutzvertrag selbst noch in dem Belegschriften Clemenceaus am Paderewski der geringste Beleg dafür vorhanden, daß der Vertrag der alliierten und assoziierten Hauptmächte mit Polen auf eine Stufe zu stellen sei mit dem berühmten rotenroten Aufrufe des Posener Volksrats als mit dem Wandsauer Regierung vom 19. Juni 1919. Richtig ist wohl, daß durch die Garantien des Minderheitschutzvertrages eine Zufriedenstellung der Minderheiten erreicht werden sollte, die lediglich Irredenta ausschloß. Hierbei lag aber gewiß nicht so sehr eine polnischkeits als eine europäische Absicht zugrunde. Und wenn heute polnische Männer nach der Beleidigung des Schutzvertrages trachten, so spielen sie mit einem Funken, dessen Entfachung gewiß nicht im Sinne der Mächte liegt, die seinerzeit den Vertrag zustande brachten. Das hat vermutlich auch dem deutschen Abgeordneten Kronsberg vorgeschwobt, als er am 8. August im Sejm sagte: "Ich erinnere Sie daran, meine Herren, daß die verbündeten Mächte den Staat nicht dazu geschaffen haben, um dem polnischen Volke die Möglichkeit zur Unterdrückung anderer Völker zu geben." Der ganze Wortlaut und Sinn des Vertrages der alliierten und assoziierten Hauptmächte mit Polen spricht jedoch klar und deutlich aus, daß die Absicht vorlag, die Minderheiten tatsächlich und dauernd zu schützen. Der gebräuchlich gewordene Name "Minderheitschutzvertrag" ist kein Zufall. Und die Minderheiten glauben an die wirklich gähnenden Tendenzen des Vertrages mit fester Überzeugung.

Liegt es nun in der Absicht des Minderheitschutzvertrages, die Minderheiten tatsächlich zu schützen, so ist auch nur eine Deutung für den Satz des Artikels XII möglich: "Sie (die Verpflichtung, die Polen übernommen hat) können nur mit der Zustimmung der Mehrheit des Rates des Völkerbundes geändert werden." Diese Deutung kann nimmer im Kierischen Sinne sein, daß von den Bestimmungen etwas fortgenommen oder gar der ganze Vertrag aufgehoben werden könnte, sondern nur in dem Sinne, die Bestimmungen weiter auszubauen, wenn sie sich in ihrem praktischen Erfolge nicht genügend wirksam erzeigen. Dieser Fall liegt nun zweifellos bei uns vor. Denken wir beispielweise nur an das deutsche Schulwesen. Etwa 20 Prozent der Gesamtzahl der deutschen Volksschüler müssen trotz des Minderheitschutzvertrages in polnische Schulen gehen und werden zum größten Teil in polnischer Unterrichtssprache unterrichtet. Neuerdings werden wieder etwa 200 deutsche Lehrer entlassen und ein großer Teil der von diesen bisher unterrichteten Kinder wird auch noch in polnische Schulen gehen müssen. Die Herbeiführung dieser Lage ist der Schulbehörde dadurch erleichtert worden, daß man gewisse Bestimmungen des Minderheitschutzvertrages als Lüden betrachten muß, wenn man den guten Willen der Mehrheit nicht voraussehen kann. Ich will hierbei außer acht lassen, daß man in bezug auf die Bedrohung des deutschen Schulwesens bei der Ausnützung der Lüden nicht stehen bleibt. Die schwachen Stellen wie z. B. "beträchtliche Anzahl", "Erleichterung" usw. lassen Interpretationen zu, die nicht minderheitsfreundlich, sondern minderheitsfeindlich sein können. Es erübrigत sich, in diesem Rahmen näher darauf einzugehen.

Wenn also Kierski und andere Feinde des Minderheitschutzvertrages die Frage der Änderung anschnitten, so haben sie ungewollt etwas Gutes damit getan, infofern, als sie die Diskussion über die Änderungsfrage überhaupt hergeholt haben. Werden die wirklich schützenden Absichten des Vertrages zugegeben, so können Änderungen, wie gesagt, nicht im abstrahierenden oder gar inhibierenden, sondern nur im ausbauenden und erweiternden Sinne vorgenommen werden. Fordert Kierski das Verschwinden des Minderheitschutzvertrages, so kann die Minderheit den gerechtigen Wunsch haben, daß die von den Gegnern ausgenommenen Lüden durch scharf präzisierte Bestimmungen, die auch für bösen Willen unzweideutig sind, ausgefüllt werden möchten."

Es wäre gut, wenn die Diskussion in dieser Richtung weiter fortführt würde. Was für Kierski die letzte Etappe ist, ist für die Minderheiten die erste.

Zur Liquidierung des deuſſchen Besitzes.

In der Dienstagsausgabe des "Dziennik Poznański" ist wieder einmal ein Leitartikel über die Liquidierung deutschen Besitzes zu lesen. Der Verfasser des Aufsatzes ist Herr J. A. Machiński. Er schreibt:

Eine energische Durchführung der Liquidierung deutschen Landbesitzes hat für uns eine ungeheure schwerwiegende Bedeutung, sowohl politisch, als auch sozialwirtschaftlich. Von der politischen Seite dieses erwähnten Problems werde ich nicht schreiben, da sie offensichtlich ist und übrigens schon so viele Male eingehend gejägert worden ist. Die sozialwirtschaftliche Seite des Problems kennzeichnet sich nach meiner Meinung im wesentlichen in zwei Richtungen: Als eines der erfolgreichsten Mittel zur rationellen und damit den Staatsinteressen entsprechenden Lösung der Agrarreform und als bedeutendes Mittel zur Durchführung einer weit ausgeschrittenen Ansiedlungs- und -politik. Vor der Begründung dieser Ansicht muss man jedoch einen nach meiner Überzeugung nötigen Unterschied machen zwischen der Liquidation des Großbesitzes und der Liquidation des Kleinbesitzes. Denn bei der Liquidierung des deutschen Großgrundbesitzes müßte die Regierung mit allen zu Gebote stehenden Mitteln besonders die Form gewilligen Verkaufs unterstützen und allein darauf achten, daß das Land in gewährleistende sachmäßige polnische Hände zurückfließt und die Zahl der polnischen Mittelgrundbesitzer vermehrt wird. In dieser Hinsicht irgendwelche Schwierigkeiten machen, wäre nur eine selbstmarterliche Er schwerung unserer bedeutsamen Restitutionsaktion. Die Übernahme durch den Staat müßte besonders dann stattfinden, wenn der gewillige Verkauf nicht ausstehen käme, und dann eben vom Gesichtspunkt der Realisierung der Agrarreform, d. h. in den Kreisen, in denen zu viel landwirtschaftliche Kleinbauern oder Landlose sind.

Anderer dagegen fasse ich die Rolle der Regierung bei der Liquidierung des deutschen Kleingrundbesitzes auf. Müßte nämlich bei der Liquidierung des Großbesitzes die Regierung individuelle Bemühungen intensiv unterstützen und den Verkauf erleichtern, so müßte die Initiative bei der Liquidierung des deutschen Kleingrundbesitzes in die Hände der Regierung übergehen. Das wird in diesem Falle auch dadurch erleichtert sein, daß bei der Liquidierung von Ansiedlungen Fälle freiwilligen Verkaufs verhältnismäßig selten sind, was einerseits durch die allgemein geringe Gewandtheit und Geschicklichkeit unserer Bauern, speziell des kleinen, andererseits durch die große Widerstandskraft des deutschen Ansiedlers verurteilt wird, die von der preußischen Regierung besiegt wird. Deshalb müßte nach genauer Registrierung und Umlauf in der ganzen Masse der Liquidationsansiedlungen ihre völlige Übernahme in den Besitz des Staates und die schätzungsweise Bezahlung erfolgen. Außer sozialpolitischen Vorteilen, von denen weiter unten die Rede sein soll, spricht für eine solche Lösung auch die gegenwärtige Konjunktur, da die Landpreise im gegebenen Augenblick verhältnismäßig niedrig sind. Besorgnis macht nur die finanzielle Seite der Aktion. Ich mag jedoch anzunehmen, daß sich auch sie unter Hinzuziehung sozialer Kreise zur Mitarbeit ohne Zuflucht zur Druckmaschine, sei es in Form der Aufnahme einer speziellen Auslandsanleihe gegen Verpfändung der Ansiedlungen oder in Form der Schaffung einer besonderen Ansiedlungsbank, in der die Regierung den dominierenden Einfluß hätte, lösen ließe. Die bedeutameren Folgen der Aktion treten auf sozialpolitischem Terrain grell in die Erscheinung. Ich überlege hier die bedeutungsvolle Tatsache, daß wir mit einem Schlag ein beträchtliches Kontingent gefährlicher Minderheit loswerden, die vorwiegend an den Stellen fest sitzt, die für die Vertheidigung des Landes wichtig sind. Die Anhäufung einer beträchtlichen Anzahl von ausgebauten

und vorwiegend nicht schlecht bewirtschafteten Ansiedlungen in den Händen der Regierung, gestaltet eine planmäßige und erfolgreiche Führung der Ansiedlungsaktion, des wichtigsten Ziels der beabsichtigten Agrarreform, ohne die Interessen der Nationalwirtschaft zu gefährden. Die innere Ansiedlung hat zweierlei Bedeutung: eine allgemein-soziale, da die Bildung arbeitslosen Stadtproletariats eröffnet wird, und eine national-politische, die bei uns durch die Notwendigkeit schneller Entwicklung der Westmarken und die Unterbringung unserer Südwanderer aus Westfalen und dem Rheinland besonders potenziert wird. Wenn bei der Übernahme des Großgrundbesitzes Rücksichten der Agrarreform in dem Sinne eine größere Bedeutung gewinnen, daß ein solches Gut in erster Linie den anliegenden Kleinwirtschaften zugute kommen müßte, so rücken bei der Reparation der übernommenen Ansiedlungen Rücksichten der Ansiedlungs- und -politik in den Vordergrund. Daraus ergibt sich, daß bei der Verteilung der abgekauften Ansiedlungen vor allem Landlose zu berücksichtigen sind, wenn sie auch nicht Geldmittel besitzen."

Man sieht: trotz der Sicherung des Verfassers, daß er auf die politische Seite der Angelegenheit nicht eingehen werde, kann er es doch nicht vermeiden, von dem politischen Vorteil zu sprechen, den nach seiner Meinung die Liquidierung und Aufteilung deutschen Besitzes dem Staat bringen wird. Nationalpolitische und wirtschaftliche Dinge werden hier wieder in der üblichen Weise durcheinander gebracht. Wenn es sich wirklich in erster Linie um die Versorgung der Landarmen und Landlosen handelt, — warum greift man denn dann gerade zum deutschen Besitz, da doch, wie schon oft nachgewiesen wurde, herrenloser Grund und Boden in unserem Lande in mehr als ausreichendem Maße zur Verfügung steht?

Aber davon abgesehen. Glaubt Herr Machiński wirklich, daß die von ihm vorgeschlagenen Maßnahmen im Interesse der Wirtschaft unseres Landes liegen? Auf einer Seite predigt Herr Macharski äußerste Sparsamkeit, auf der anderen verlangen Ratgeber von der Art des Herrn Machiński Maßnahmen, die ohne erhebliche Ausgaben für den Staat nicht durchführbar sind. Auf der einen Seite wird — auch im "Dziennik Poznański" — die Notwendigkeit einer Steigerung der Produktionsfähigkeit unserer Landwirtschaft betont, auf der anderen will man gerade die Landwirte beseitigen, die jahrelang hier das Land bearbeitet haben, den Boden und die besonderen hiesigen Wirtschaftsbedingungen genau kennen und daher die beste Gewähr bieten für rationelle und dem Staat förderliche Wirtschaft. Auf der einen Seite verlangt man: das Land soll einen möglichst hohen Ertrag abwerfen, — auf der anderen will man den Großgrundbesitz zerstören, der doch gerade durch die Möglichkeit des Großbetriebs, der Anwendung vervollommelter Wirtschaftsmethoden, richtiger Arbeitsteilung und richtiger Ausnutzung der Wirtschaftsgüter dem Staat mehr Gewinn bringen kann als eine Anzahl kleiner Wirtschaften, die der Größe dieses Besitzes entsprechen würde.

Es ergibt sich: daß die Liquidierung deutschen Besitzes dem polnischen Staat wirtschaftliche Vorteile bringt, kann Herr Machiński ebenso wenig beweisen wie seine Vorgänger.

Neuer Banditenangriff auf das deutsche Theater in Königshütte.

Die "Kattowitzer Zeitg." berichtet in ihrer Nr. 201 (Donnerstag) aus Königshütte:

In dem überwiegend deutschen Königshütte regieren Banditen, wenn sich Deutsche zusammenfinden und sich zum Besuch irgend einer Versammlung einfinden. Das sah man wieder einmal am Dienstag, an dem die deutsche Theatergemeinde im Saale des Hotels Graf Neden ihre diesjährige Winterspielzeit eröffnete. Obwohl schon nach 5 Uhr verschiedenes Gefündel das Gebäude des Hotels umstand und teilweise drohende Haltung annahm, ließen sich die Veranstalter und auch die Schauspieler nicht davon abhalten, die angekündigte Vorstellung bis zum Ende durchzuführen. Nach Schluss der Aufführung ereigneten sich Zusammenstöße mit den Theaterbesuchern und mit den Schauspielern. Wir haben darüber nachfolgende Einzelheiten in Erfahrung gebracht:

Am Dienstag fand die Gründungsvorstellung der Deutschen Theatergemeinde mit Schillers "Don Carlos" statt. Schon gegen 6 Uhr konnte man große Ansammlungen von Geindel vor dem Hotel "Graf Neden" sehen. In Gruppen zu fünf und sechs standen sie zusammen, ohne daß die Polizei, die doch ahnen konnte, zu welch unliebsamen Auseinandersetzungen diese Ansammlungen führen würden, diese auseinandertrieb. Trotzdem begann die Aufführung. Unter das Publikum sowie unter die Schauspieler zog natürlich große Gefangenheit ein. Die Aufregung steigerte sich, als man kurz vor Schluss die ersten Hilferufe hörte; aber die erste Versuch der Banditen, in den Saal einzudringen, wurde von der Polizei zurückgewiesen, so daß die Aufführung glücklich beendet werden konnte. Dann aber hörte man Hilferufe, Schreien und Tammern des Theaterpublikums, das von den Ruhestörern mißhandelt wurde. Auch in den Saal drangen diese Banditen ein, stürmten auf die Bühne, um auch die Schauspieler zu mißhandeln. Die Schauspieler flüchteten sich in die Garderoben im ersten Stock, deren Türen sie mit allen möglichen Gegenständen verbarrikadierten. Als auf das Klopfen niemand öffnete, wurde die Türfüllung herausgeschlagen.

Zum Angenöd kam den Schauspielern Rettung: die Polizei. Sie trieb das Geindel zurück und wollte dann die

Schauspieler in die Räume des Hotels bringen. Die Ruhestörer stürzten nun durch die Notausgänge in den Saal, mit Gummiknüppeln und Revolvern bewaffnet.

Eine schreckliche Panik entstand. Die Schauspieler stürmten erneut zurück. Ein Teil wurde abgesprengt und fand in einer Toilette Unterschlupf, wo sie fast die ganze Nacht in dieser Lage verharren mußten. Einen der Schauspieler, der ebenfalls in dem tumult von der Masse abgesprengt wurde, verfolgten die Banditen; ihm gelang es aber, sich in einem Kasten vor den weiteren Verfolgungen zu verbergen. Die anderen Schauspieler, die sich wiederum in die Garderoben geflüchtet hatten, wurden von neuem bedrängt. Sozusagen von der Straße aus warf man Steine durch die Fenster der Garderobe, so daß die Scheiben in Trümmer gingen. Immer größer wurde die Erregung in diesem kleinen Raum. Hauptsächlich die Damen und ein siebenjähriges Kind wurden immer aufgeregter. So harrte man bis 1½ Uhr nachts aus, bis endlich der erlösende Augenblick kam. Die Polizei hatte endlich das Hotel von diesem Gesindel gesäubert und befreite die Schauspieler aus ihrer unglücklichen Lage. Nach dem Bahnhof wagten die Schauspieler nicht zu gehen, da sie mit Recht die sie begleitenden vier Polizeibeamten als nicht ausreichenden Schutz ansehen. Das gesamte Personal verblieb darum die ganze Nacht in zwei Zimmern des Hotels.

Auch die Theaterbesucher kamen nicht heil davon. Mehrere sind durstig verprügelt worden, daß sie in ärztliche Behandlung gebracht werden mußten. Ein alter Herr wurde derart schwer mißhandelt, daß er mit der Droschke nahezu besiebunglos fortgeschafft wurde. Auch hier griff die Polizei ein, konnte aber erst nach Stunden Herr der Bitten werden.

Diesem Bericht fügt die "Kattowitzer Zeitg." hinzu: "Der Vorfall von Sonnabend hätte sich am Dienstag nicht wiederholen dürfen. Da unter solchen Umständen eine weitere Aufführung in Königshütte ausgeschlossen erscheint, so ist damit das Bestehen der Theatergemeinde in Frage gestellt, da sie durch die Vorstellung in Kattowitz allein nicht bestehen kann." Womit ja die Störenfriede vermutlich ihren Zweck erreicht haben werden.

Die Finanzpläne des Ministers Kucharski.

Eine Unterredung.

Ein Mitarbeiter des „Posener Tageblattes“ hatte Gelegenheit, mit einem polnischen Finanzmann über die gegenwärtige Lage des Staates zu sprechen. Die Neuherungen sind sehr lehrreich. Ob sie zutreffen, soll dahingestellt bleiben.

Erste Frage: Halten Sie den Zeitpunkt zu einer Finanzreform in Polen für gekommen?

Antwort: Die Beantwortung dieser Frage ist nicht ganz leicht. Der geeignete Zeitpunkt für eine Finanzreform ist vorhanden, es fragt sich nur, ob man weitwichtig genug sein wird, politische und wirtschaftliche Motive nicht wieder miteinander zu vermischt. Eine große Mehrheit unseres Volkes ist heute der Ansicht, daß Finanz- und Wirtschaftspolitik mit allgemeinen politischen Fragen identisch sei. Es ist überflüssig, auf das Fehlerhafte dieser Auffassung hinzuweisen. So lange jedoch eine solche Meinung besteht, wird der Finanzminister, mag er auch ein Mann von größter Energie sein, immer einen Stein am Bein hängen fühlen.

Zweite Frage: Kann Polen zu einer Deflationsspolitik übergehen oder nicht?

Antwort: Vorläufig noch nicht! Ich vertrete die Ansicht, daß Geldumlauf und Warenbestand geregt sein müssen, daß eine normale Aus- und Einführung die Grundlage für geregelte Finanzen ist. In dieser Beziehung ist viel geübt worden. Man glaubte, bestehen zu können, sich entwickeln zu können, ohne von den Nachbarstaaten abhängig zu sein. Der reguläre Handel ist so durch verschiedene Maßnahmen, die zum Teil gut, zum großen Teil schlecht waren, von jenen wirtschaftlichen Aufgabe abgehalten worden, und der irreguläre Schleichhandel, der ja nie nach nationalen Motiven fragt, hat die Macht in seine Hand bekommen und das Wirtschaftsleben untergraben. Die wichtigsten Waren, die wir brauchen, und die bei uns in großer Menge erzeugt werden, sind, weil sie billig waren, ins Ausland gegangen, während wir dafür kein Äquivalent erhalten. Dadurch wurde eine künstliche Not erzeugt, eine unverhältnismäßig hohe Steigerung erreicht, die Inflation vergrößert, und nun stehen wir an der heutigen Stelle. Wenn man nun eine Deflation propagiert, so ist man sich nicht klar geworden, daß der gegenwärtige Zeitpunkt dazu noch nicht genügende Vorbereitungen gefunden hat, um eine Deflation, die immer mit einem starken Geldmangel verbunden ist, auszuhalten. Wird die staatliche Inflation eingestellt, so werden wir schnell zu einer verstärkten privaten Inflation kommen, denn wir haben ja kein Mittel in der Hand, die Steuerung aufzuhalten. Steuerung im Lande aber bedeutet verstärkten Geldumlauf oder wirtschaftliche Komplikationen, die wir uns heute nicht leisten können.

Dritte Frage: Was halten Sie von der Auslandsanleihe, die ja dazu da sein soll, die Finanzen zu sanieren?

Antwort: Die Idee einer Anleihe ist gut, aber eine solche zu erhalten ist nicht einfach. Das, was wir in der Presse von der Morgan-Anleihe gehört haben, ist zum großen Teil in so märchenhaftem Zichte gefärbt worden, daß es uns mehr schaden als nützen kann. Einzelne Blätter haben sich auch dagegen bereits mit Recht bewahrt. In Wirklichkeit ist die Sache die: die polnische Industrie besteht in Amerika größere Gläubiger, die Rohstoffe geliefert haben, aber noch nicht bezahlt werden können, da hierzu große Summen nötig wären. Die Bezahlung hätte eine starke Entwertung der Mark nach sich gezogen. Nun hat Morgan nach längeren Verhandlungen die Schulden in seiner Hand vereint, so daß also aus der schwierenden Schild eine konsolidierte Schild geworden ist. Gegen verschiedene Privilegien versteht sich. Wir bekommen also kein bares Geld in die Hand, sondern können nur mit dem Gelde weiter arbeiten, haben eine Erholungsphase, unsere Devisennot vergrößert sich nicht. Binsen und Amortisation werden ohne weiteres aufgebracht werden können, und hier ist dem neuen Finanzminister das Mittel in die Hand gegeben, zu zeigen, ob sich unsere Lage verbessert. Ich hoffe, daß das geschieht. Denn Herr Kucharski ist ein Mann von Energie und Umsicht. Aber er wird nur dann arbeiten können, wenn ihm befondere politische Schwierigkeiten nicht entgegenstehen. Wie er sich die Ausführung seiner Ideen denkt, ist unbekannt, und darin zeigt sich ohne weiteres politische Klugheit. Freilich hat die Zurückhaltung, die er übt, auch zur Mythenbildung Anlaß gegeben, die von einem Teil der Presse auch propagandistisch ausgewertet wird. Das ist ein Fehler.

Bei der Gründung der Lemberger Messe

hielt der neue Finanzminister eine Rede, in der er u. a. sagte:

Als Vollstrecker der finanziellen Aufgabe unseres Staatesapparates will ich die Allgemeinheit auf die Tragweite der industriell-finanziellen Fragen hinweisen, nicht vom Standpunkt des Klassenegoismus oder des individuellen Egoismus, sondern vom Standpunkte der höchsten Staatsidee, im Sinne des durch die Geschichte bestätigten Grundfaktes, daß die politische Unabhängigkeit durch die wirtschaftliche Selbständigkeit garantiert und bestätigt wird. Dem Verlust der wirtschaftlichen Selbständigkeit und der Lösung des Finanzproblems nicht im Sinne der Staatsinteressen muß eine allmähliche Beschränkung der politischen Selbständigkeit folgen. Die Lösung des Finanzsanierungsproblems war, ist und wird das Bindemittel der zusammengefügten Parteien sein. Nicht der Gherzig Einzelner und nicht Parteivorteile haben den Parteien geholfen, den gegenseitigen Groß und alles das zu vergessen, was uns trennte. Wir haben keine Zeit zu verlieren, der Kampf gegen die Krankheit, die an unserem Finanzorganismus nagt, muß sofort aufgenommen werden. Im ganzen Lande muß nur der Ruf erschallen: „Das Gleichgewicht des Haushalts muß erreicht werden ohne Rücksicht auf die Größe der Opfer! Sparsamkeit muß rücksichtslos gestellt werden!“ Unsere Kredit- und Subventionspolitik muß einer Revision unterzogen werden, unsere Devisen- und Ausfuhrpolitik muß der geschaffenen Lage angepaßt werden, die Produktion bestehender und das Verbot der Schaffung neuer Ämter muß rücksichtslos angewandt werden.

Der übermäßige Geldumlauf besorgte unsrer Wirtschaftsliebe, die Inflation ruiniert nicht nur das Staatsbudget, sondern auch das Budget der häuslichen Wirtschaft, die Inflation führt die unerträgliche Teuerung herbei, die ein von allen gezahlter Tribut ist, den sozialen und häuslichen Frieden stört und wegen der Zukunft beunruhigt. Ich bessere die Mittel, die angewandt werden müssen, um die Widerständen zu zwingen, die Gämigen anzutreiben, die Gewissenlosen zu strafen und die Drückerer zu finden. Ich habe erfahren, daß die Bürgerauschüsse, die unter dem Vorstoss von Finanzbeamten die Industrie- oder Umsatzsteuer bemessen, nicht auf der Höhe ihrer Aufgabe stehen. Die Beamten sind nicht eifrig und fleißig genug. In Fällen, wo Misstrafe entdeckt werden, werde ich nicht davor zurücktreten, die Schulden zu strengster Verantwortung zu ziehen, die an die Vernichtung der privaten Existenz der Gewissenlosen grenzen soll. Die Verabredung des erschöpften Staatshauses ist ein Verbrechen, das streng bestraft werden muß. Nach Erzielung des Budgetausgleichs muß die Stabilisierung des Kurses der polnischen Mark einsetzen, und von hier aus die Hemmung der Teuerung und die Aufhaltung der sich rasch verändernden Preise

erfolgen. Wir gelangen dann zu dem Moment der Währungsreform, zu dem Zeitpunkt der Einführung einer seitens der polnischen Commissionsbank ausgegebenen auf Gold gestützten gesunden Valuta. Die Regierung hat sich im Innern und im Auslande bemüht, sich die Unterlagen für die Neugeldemission in Form hochwertiger fremder Valuten zu sichern. Im gewissenlofen politischen Kampf gegen die jegliche Regierung werden Nachrichten über eine Verpfändung Polens an fremde Kapitalien, über die Annahme einer demütigenden Kontrolle unserer Einkünfte verbreitet. Diese Nachrichten sind grundfalsch.

Pressestimmen zu Kucharskis Lemberger Rede.

Die „Gazeta Warszawska“ nennt die Rede, die Minister Kucharski bei der Gründung der Olimpiade in Lemberg hielt, ein Ereignis von erstklassiger Bedeutung. Das Blatt betont die Berechtigung der Ausführungen des Ministers über das Haushaltsgleichgewicht, das eine unumgängliche Bedingung für das Aufhalten des Papierdrucks sei. Nicht nur die Regierung und die gesetzgebenden Körperchaften, sondern alle Bürger müssten dazu beitragen. Die Steuern müssten gerecht verteilt und gewissenhaft bezahlt, die Ausgaben auf das unbedingt Notwendige beschränkt werden.

Der „Kurier Warszawski“ schreibt zur Rede, daß der Minister in einer Gelegenheitsrede natürlich sein Programm nicht weiter entwickeln und begründen konnte, daß aber das, was er in Lemberg gesagt hat, Anerkennung verdient und Hoffnungen weckt.

Zwei Anträge des Finanzministers.

Der Ministerrat nahm in seiner Donnerstagssitzung u. a. zwei Anträge des Finanzministers an, und zwar über die Änderung des Statuts der Bank Biemanski und einen weiteren Antrag über die Besoldung der Staatsfunktionäre im Gebiete Danzigs und die Däten bei Dienstreisen im Gebiete der Freistadt Danzig.

Von der Nationalen Arbeiterpartei.

Dr. Wachowiak legt den Vorsitz in der N. P. N. nieder.

Wie der „Express Voronny“ erfährt, ist der Abgeordnete Dr. Wachowiak im Zusammenhang mit dem Verlaufe der letzten Parteiveranstaltungen in der Nationalen Arbeiterpartei des Sejmklubvorsitzenden dieser Partei zurückgetreten.

Die N.P.N. gegen die Regierung.

Kürzlich fand in Lodz eine Konferenz der Nationalen Arbeiterpartei (N. P. N.) statt, auf der u. a. festgestellt wurde, daß das Proletariat der Lodzer Wojewodschaft, das in der Nationalen Arbeiterpartei organisiert ist, der Regierung gegenüber einen entschieden ablehnenden Standpunkt einnehme. Es wurde beschlossen, den Abgeordnetenclub der Nationalen Arbeiterpartei aufzufordern, der Regierung der Rechten und der Piastenpartei gegenüber einen oppositionellen Standpunkt einzunehmen. Gleichzeitig wurde dagegen Protest erhoben, daß die Regierung die Ausfuhr von Lebensmitteln nach dem Auslande erlaubt.

Das Harmonium des evangelischen Jungfrauenvereins.

Die Bromberger „Deutsche Rundschau in Polen“ berichtet aus Neisen bei Lissa:

Der evangelische Jungfrauenverein in Neisen besteht schon seit 15 bis 20 Jahren ein eigenes Harmonium. Vor etwa einem halben Jahre wurde an die evangelische Schule unserer Stadt eine evangelische polnische Lehrerin aus der Ukraine versetzt, die von ihrem in Warschau lebenden Mann getrennt lebt. Da die evangelische Gemeinde keinen Organisten hat und die polnische Lehrerin den Wunsch äußerte, das Orgelspiel zu erlernen, wurde ihr auf ihre Bitte als Übung das Harmonium des Jungfrauenvereins geliehen. Aber statt sie über zu sehen, mußten die evangelischen Deutschen zu ihrem Schaden wahrnehmen, wie oft andere das schöne Harmonium missbrauchten und darauf zumachen. Weil die Lehrerin doch nichts lernte und übte, ließ der Ortsfarrer vor einiger Zeit das Harmonium abholen und dem Jungfrauenverein für seine religiösen Andachten wieder zur Verfügung stellen. Darauf fuhr die Lehrerin zu ihrer vorgesetzten Behörde nach Posen, um dort Beschwerde zu führen. Und nun geschah das Unglaubliche: ohne Überhaupt den Sachverhalt durch das Anhören der anderen Partei zu prüfen, verfügte man in Posen, daß der Bürgermeister von Neisen als Polizei das rechtmäßige Eigentum des evangelischen Jungfrauenvereins, das Harmonium, beschlagnahme und der Lehrerin

wenn es zum Inventar der evangelischen Schule gehöre.“

Polen und Russland.

Zu der zweiten Augusthälfte fand die Bildung der polnisch-russisch-ukrainischen Abrechnungskommission statt. Es wurden die Resultate und Meinungsverschiedenheiten in den Untermissionen besprochen. Es erwies sich, daß in den meisten Fragen noch keine Einigung erzielt worden ist, so über die Einnahmen in den Sparkassen, die russischen Versicherungsgesellschaften aus polnischem Gebiet, über die Zahlungen, die aus dem Rigauer Traktat resultierten, usw. Dagegen erkannten die Russen und Ukrainer an, daß verschiedene Kapitalien und Stipendien an Polen zurückgegeben werden müssen, wobei die Summen festgestellt wurden.

Ein polnisches Memorandum an Russland.

Die polnische Regierung übergab dem militärischen Vertreter des Sowjetbundes in Warschau, Obolensti, als Antwort auf die Notifizierung der Bildung des Bundes der Sowjetrepubliken ein Memorandum, in dem sich die polnische Regierung bereit erklärt, die Notifizierung unter der Bedingung anzuerkennen, daß die Sowjetbundesregierung folgende

polnische Forderungen

erfüllt: Die Verträge und Abmachungen, die mit Sowjetrußland, der ukrainischen und der weißrussischen Sowjetrepublik abgeschlossen wurden, bleibent in Kraft, und es werden in Moskau, Charlow, Minsk und Tiflis polnische Vertretungen mit diplomatischen Vorrechten zugelassen. Im Zusammenhang mit der Bildung des Sowjetbundes wünscht die polnische Regierung die Erweiterung der Zuständigkeiten und der Option polnischer Bürger zu regeln, die im Gebiet der ehemaligen Republik des Ferien Oktos und der Transkaukasischen Republik wohnen. Sie fordert ferner die Zurückstellung des Vermögens der 1921 aufgelösten römisch-katholischen Gesellschaft in Tiflis an die Warschauer Wohltätige Gesellschaft. Schließlich schlägt die polnische Regierung vor, die Frage der Petroleumquellen in Baku, die vor der Revolution dem wissenschaftlichen Fonds „Miarowski“ gehörten, in dem Sinne zu lösen, daß der Fonds 4½ Millionen Bud Petroleum erhält.

Den Meldungen der Moskauer Presse zufolge haben die Forderungen der polnischen Regierung in maßgebenden Moskauer Kreisen starkes Bestreben hergerufen.

Aus der polnischen Presse.

Die Mission des polnischen Katholizismus

behandelt die „Rzeczpospolita“. Sie schreibt:

„Die Interessengemeinschaft Polens und des Katholizismus hat sich noch in keiner geschichtlichen Periode derart bemerkbar gemacht, wie in der gegenwärtigen. Die Notwendigkeit, dem Katholizismus in Polen zu vollkommener Blüte zu verhelfen, ist augenfällig. Die vergangenen Jahrzehnte polenfeindlichen Vorgehens hingen eng mit dem Missgeschick des Katholizismus in Polen zusammen. Dem Kampfe mit Judas Ischariot, dem großen Christusfeind (nämlich dem Bolschewismus), ist die fähige Polizei der Welt nicht gewachsen, kein Detektiv, kein Polizist und kein Gendarm, sondern nur der göttliche Ernst der Kirche. Seit den Zeiten des hl. Petrus hat die römische Kirche keine so welttragende Mission vor sich gehabt als die, den (neuen) Judas Ischariot zu bekämpfen, der über Europa lauert. Polen hat noch nie ein so heftes Ziel gehabt, als das, im Verein mit der Kirche das gewaltige Werk des Kampfes mit dem Satan zu vollenden.“

Deutsches Kapital und deutsche Direktoren in der polnischen Petroleumindustrie

erscheinen dem „Kurier Lwowski“ als etwas so Staatsgefährliches, daß er folgende Forderung aussstellt: „Die Regierung muß in der nächsten Zeit: 1. die Entfernung der deutschen Direktoren veranlassen, 2. sich darüber orientieren, was für Kapital die Aktiengesellschaften repräsentieren, die in unserer Petroleumindustrie operieren; sie muß 3. das Einfuhrrecht aus dem Auslande für die Stoffe beschränken, die in hinreichender Menge und Qualität unsere Fabriken erzeugen, 4. veranlassen, daß ein in leitender Stellung stehender Ausländer nicht zu den Feinden des Staates gehören und daß er die polnische Sprache beherrsche, 5. die Einführung der polnischen Sprache in den ausländischen Firmen als bei allen inneren und äußeren Tätigkeiten verbindlich anordnen und schließlich 6. mit ihrer Fürsorge sowohl die Beamten wie auch die Arbeiter umgeben durch Erlass eines Gesetzes über Kollektivabkommen der Angestellten der Petroleumindustrie.“

Damit noch nicht zufrieden, wendet sich das polnische Blatt an die „Volksgemeinschaft“ und fordert sie auf, daß sie „im Interesse der Allgemeinheit nicht den Selbstschutz versesse und unter Brandmarke aller Vorstände gegen das Polen in der Petroleumindustrie ebenfalls nicht vor dem Bohrklotz von Gesellschaften zurücktrete, die in uns feindlichen Händen verbleiben. Bei einem solidarischen Vorgehen der gesamten Volksgemeinschaft wird eine weitere Tätigkeit von hergelaufenen Elementen aller Art aus den Kulturräumen unmöglich gemacht werden.“

Die neuesten Meldungen über das Erdbeben in Japan

lauten: Eine halbe Million Tote, drei Millionen ohne Obdach und Nahrung, 20 Milliarden Materialschaden. Von dem Passagierdampfer „André Lebon“, den die Katastrophe im Hafen von Yokohama überragt hat, ist bis jetzt nichts zu hören. Die Regierung hat alle Maßnahmen angeordnet, um eine drahtlose Verbindung zu ermöglichen.

Meldungen aus englischer Quelle besagen, daß die Fremdenkolonie von Yokohama, die etwa 2000 Personen zählt, schweres Unheil betroffen hat. Der englische Konsul war nicht auf Urlaub, wie zuerst gemeldet wurde, sondern er ist durch den Einsturz seines Hauses getötet worden. Die britische Amerikanische Konsulat ist ebenso wie die amerikanische Botschaft niedergebrannt. Das Botschaftspersonal ist gerettet. Die meisten Europäer befinden sich in Kobe. Es ist gelungen, eine Verbindung mit Kobe zu schaffen, so daß jetzt Gedenques zu erfahren sein wird. Schon jetzt läßt sich sagen, daß der Aufbau Tokios mindestens zwei Jahre dauern wird. Der Leiter einer japanischen Bank in Paris, Ijii, der in Tokio gelebt hat, hat erklärt, daß hauptsächlich die moderne Civilisation Schuld daran trage, wenn die Katastrophe so furchtbar geworden ist. Früher haben die meisten Häuser der Hauptstädte aus Holz oder Bambusrohr bestanden, wodurch ein Einsturz nicht so große Gefahren mit sich gebracht hätte. Jetzt habe Japan, das Land des stärksten Fortschritts, überall umfangreiche Steinpaläste erbaut, in denen die Menschen jetzt erschlagen worden sind.

Nach einer Havas-Meldung aus New York sind dreizehn weitere Städte, darunter Odawara, Hachijo, Tschidu, Kowasaki, Kofo, Gotemba, Atamimoto, Sologula und Shimodzu vollkommen zerstört worden. Nach einer Havas-Meldung ist in San Francisco ein Funkentelegramm eingegangen, wonach die Lage in Tokio sich zu bessern beginnt. Es kann wieder für Wasser gesorgt werden; auch die Beleuchtung ist in vier Stadtvierteln wieder hergestellt. Lebensmittel beginnen einzutreffen.

Wie nach einem verlorenen Kriege.

Dem „Berl. Tagebl.“ wird am 5. September aus London gemeldet:

Direkte Nachrichten aus Japan sind noch immer sehr spärlich, was als ein Zeichen für den ungeheuren Umfang des Verstörs angesehen wird. Was man bisher gehört hat, stammt zum größten Teil von den Funkstationen amerikanischer Schiffe. Das hiesige Auswärtige Amt hat heute eine kurze Meldung von dem britischen Konsulat in Kobe erhalten, nach der Tokio und Yokohama so gut wie vernichtet seien. Es heißt, daß dabei auch die englische Botschaft in Tokio zerstört sei.

Aus Peking wird gemeldet, daß in Tokio verhältnismäßig wenige, in Yokohama dagegen sehr viele Ausländer ums Leben gekommen seien. Die hiesigen Blätter sind voll von Nachrichten über das Schicksal der englischen Staatsangehörigen in Japan. Überall in England ist man beschäftigt, Hilfsorganisationen und Sammlungen für Japan ins Leben zu rufen. In Amerika hat Präsident Coolidge die Sammlung eines japanischen Hilfsfonds von fünf Millionen Dollar durch das amerikanische Kreuz genehmigt. Ferner hat eine hiesige englische Firma aus Japan die Nachricht erhalten, daß man dort eine Finanzpanik befürchte. Es sei anzunehmen, daß die japanische Regierung ein Moratorium aussetzt. Über die Verluste der hiesigen Firmen ist noch nichts bekannt. Auf jeden Fall aber scheint es, daß beträchtliche Geldsummen in Japan angelegt werden. So sind 25 Prozent der japanischen Versicherungsgesellschaften bei englischen Gesellschaften rückversichert. Allerdings dürfen Auszahlungen nur bei besonderen Abmachungen über Erdbeben schäden erfolgen. Trotz des Schreckens der Katastrophe weiß man hier nicht daran, daß es Japan gelingt, das Land und die Wirtschaft wieder aufzubauen, allerdings braucht es dazu Jahre, und Japan steht heute wie nach einem verlorenen Kriege da. Das Wichtigste ist schließlich die Frage, woher Japan die Anleihe für den Wiederaufbau erhalten wird. Da hierfür in erster Linie der englische Geldmarkt in Betracht kommen könnte, so dürfte dies auch auf die japanisch-französischen Annäherungen

versuche der letzten Zeit, die man hier sehr aufmerksam verfolgt hat, nicht ohne Einfluß bleiben.

Die Ausdehnung des Erdbebengebietes.

Das Erdbeben in Japan umfaßt ungefähr ein Gebiet von 6000 Quadratkilometern, in dem sich zehn größere Städte und zehn Dörfer befinden. Die Bevölkerungszahl beträgt 9 Millionen. 90 Prozent der Städte sind vernichtet. Von der Stadt Yokohama sind nur zwei Häuser übrig geblieben.

Die Zahl der Erdstöße in Tokio.

Nach einer Funkenmeldung sind am Sonnabend in Tokio mehr als 200 Erdstöße und am Sonntag 51 Erdstöße festgestellt worden.

Die gegenwärtige Lage in Tokio.

Aus Tokio wird gemeldet, daß die Kanäle und Gewässer mit Leichen überfüllt sind. Die am Leben gebliebenen sind obdachlos und leiden Not. — Der Brand in Tokio wurde gelöscht. Gold, Silber und Wertpapiere in den japanischen Banken konnten vor der Vernichtung durch das Feuer gerettet werden. Der Prinzregent hat 10 Millionen für die Unterstützung der hilfsbedürftigen ausgesetzt. Die englische Kolonie hat auch zur Rettung der Not getragen. Die Aktion des Wiederaufbaus hat bereits voll eingelegt. Die Wasserleitungen wurden in Stand gesetzt und elektrische Lichtleitungen neugelegt.

Straßenkämpfe in Tokio.

Aus Peking wird gemeldet, daß die koreanischen Revolutionäre in Tokio und Yokohama bemüht sind, einen Nationalaufstand zu organisieren. Eine andere Depesche besagt, daß in den Straßen von Tokio Kämpfe zwischen koreanischen Revolutionären und Japanern stattfinden. Die Stadt ist ganz von Truppen eingeschlossen.

Von der polnischen Gesandtschaft in Tokio.

Der polnische Gesandte in Washington Dr. Wróblewski hat dem Warschauer Außenministerium mitgeteilt, daß der polnische Gesandte in Tokio, Patel, gerettet worden ist, ebenso das Personal der polnischen Gesandtschaft. Das Gesandtschaftsgebäude wurde teilweise zerstört.

Eine Nachricht von der deutschen Botschaft in Tokio.

Eine Berliner Meldung vom 6. September besagt:

Heute vormittag ist in Berlin die erste Nachricht über das Schicksal des deutschen Botschafters in Tokio, Dr. Solf, eingetroffen. Es handelt sich zwar um kein direktes Telegramm von Dr. Solf, sondern nur um die Wiedergabe japanischer Pressestimmen. Aus diesen geht aber hervor, daß Dr. Solf die Erdbebenkatastrophe überlebt und mit seinen Kindern gerettet worden ist. Seine Frau befindet sich zurzeit in Deutschland. Die deutsche Botschaft ist verhältnismäßig nur gering beschädigt worden. Nur einige Nebengebäude sind niedergebrannt. Es ist fraglich, ob sich Teile des Personals am Sonnabend nachmittag, d. h. zu Beginn der Katastrophe, außerhalb der Amtsstuben in der Botschaft selbst befunden haben. Dr. Solf selbst hat sich mit seinen Angehörigen in dem Seebad Shonan aufgehalten.

Der deutsche Botschaftsrat Dr. Trautmann hat sich mit seiner Familie und zwei anderen deutschen Damen in Karmizawa aufgehalten und dürfte gleichfalls gerettet sein. Generalconsul Thiel aus Shanghai, früher Botschaftsrat in Tokio, der sich mit seinen Angehörigen zurzeit in Japan befindet, war während des Erdbebens im Gebirge. Vom Generalkonsulat in Yokohama ist der Konsul Sell als gerettet gemeldet worden. Von den übrigen Mitgliedern des Konsulats fehlt noch jede Nachricht. Insgesamt kann angenommen werden, daß das Botschaftspersonal größtenteils in Sicherheit ist. Über die übrigen Mitglieder der deutschen Kolonie sind beim Auswärtigen Amt sichere Nachrichten noch nicht eingetroffen, doch hofft man, noch im Laufe des heutigen Tages Näheres zu hören.

Ein neues Erdbeben in Tokio.

Aus Berlin wird gemeldet, daß durch ein neues Erdbeben in Tokio weitere 100 Häuser zerstört wurden. Die japanische Regierung hat mit Rücksicht auf die Gefahr weiterer Erdstöße Tokio und Yokohama räumen lassen. Die am Leben gebliebenen Bevölkerung soll abtransportiert werden. In Yokohama sind 40 000 Personen am Leben geblieben. Sie wohnen unter freiem Himmel. Die Verbrestung ist sehr erschwert, da ungefähr 7 Millionen Tonnen Reis verbrannt sind. Das Militär ist mit der Säuberung der Straßen von Toten eifrig beschäftigt, da die Gefahr des Ausbruchs einer Epidemie besteht.

Die Wirkung der Katastrophe auf den Handel mit Japan.

Alle Handelstransaktionen mit Japan sind unterbrochen worden. Die Frachten nach den japanischen Häfen werden zurückgehalten.

Das italienisch-griechische Problem.

Wie schon gemeldet wurde, weigert sich Italien seinen Konflikt mit Griechenland dem Völkerbund zur Entscheidung zu unterbreiten. Es hat dabei Frankreich auf seiner Seite, das ebenfalls gegen eine Schlichtung des Streites durch den Völkerbund ist und die Botschafterkonferenz mit dieser Aufgabe betrauen möchte. Auf der Seite der Griechen, die den Völkerbund anrufen, steht England, das unter allen Umständen die Mitwirkung des Völkerbundes in dieser Angelegenheit wünscht. In Athen scheint man trotz der Austrittsdrohung Italiens auf dem Standpunkt Griechenlands und Englands zu stehen. Man geht dabei vermutlich von der Erwägung aus, daß die Untätigkeit des Völkerbundes in dieser Angelegenheit seine Stellung schwer erschüttern oder vielleicht ganz und gar ruinieren würde.

Meldungen aus London zeigen, daß die englische Regierung fest entschlossen ist, den Völkerbund in jedem seiner Entschlüsse zu unterstützen und bereit ist, die englische Flotte zu diesem Zweck zur Verfügung zu stellen.

Vorläufig soll zwischen der englischen und der französischen Regierung ein Übereinkommen getroffen werden, auf Grund dessen dem Völkerbundsrat folgende zwei Vorschläge unterbreitet werden sollen: 1. Der Völkerbundsrat soll die Botschafterkonferenz beauftragen (das mindestens Frankreich), auf griechischem Boden durch eine Kommission, die aus Vertretern Englands und der übrigen alliierten Staaten besteht, die Vorgänge bei der Ermordung der italienischen Offiziere und die Verantwortlichkeit der griechischen Regierung festzustellen. Auf Grund dieser Feststellung soll dann die Botschafterkonferenz den Schadenersatz und die Sühneleistung bestimmen. 2. Der Völkerbundsrat soll die Frage der widerrechtlichen Besetzung Korfu erörtern und Vorschläge für die Wiederaufbauung ausarbeiten.

Der Standpunkt der Botschafterkonferenz.

Die Botschafterkonferenz hat am Mittwoch zum italienisch-griechischen Konflikt das Wort ergriffen. Sie beruft sich auf die These des Völkerrechts, daß jeder Staat für die auf seinem Boden begangenen politischen Verbrechen verantwortlich ist, und schlägt ebenfalls eine Untersuchung des Attentats von Janina durch eine Kommission der Verbündeten vor.

Die kleine Entente tritt für Griechenland ein.

Wie „Daily Telegraph“ mitteilt, haben die Regierungen der kleinen Entente in ziemlich förmlicher Weise Frankreich und die anderen befreundeten Länder wissen lassen, daß 1. wenn der Völkerbund mit Hinblick auf die Besetzung Korfu seine Pflicht nicht tut, sie ihn erlassen werden; zumal sie es auch nicht zulassen könnten, daß das Recht der kleinen Nationen mit Füßen getreten werde; 2. wenn Italien zu mobilisieren fortfährt und Truppenbewegungen vornimmt, werden die Regierungen der kleinen Entente ihrerseits auch zur Mobilisierung schreiten.

Ein Einspruch Amerikas.

Da bei der Besetzung von Korfu unter den 20 Toten sich 16 Kinder befanden, die in einem amerikanischen Flüchtlingslager untergebracht waren, hat das amerikanische Kabinett seine Vertretungen in Europa damit beauftragt, Material darüber zu beschaffen, damit die amerikanische Regierung darüber Beschluß fassen könne, ob sie in Rom protestieren soll oder sich einer Aktion des Völkerbundes anschließen soll.

Was die italienische Presse sagt.

Die italienischen Tageszeitungen nehmen einmütig Stellung gegenüber dem Völkerbund. Der „Secolo“ gibt der „tiefe Dankbarkeit“ der öffentlichen Meinung Italiens für die „freundschaftliche Haltung“ Frankreichs Ausdruck, die dieses vom ersten Tage des Konflikts mit Griechenland an befreundet habe. „Wir glauben“, sagt das Blatt, „daß diese richtige Orientierung der französischen Diplomatie auch sehr wertvoll für die Aufrechterhaltung des Friedens ist, da die italienische Regierung dadurch von der Notwendigkeit entbunden worden ist, einen stärkeren Druck auszuüben.“ Wahrscheinlich ist auch der im letzten Augenblick erfolgte Verzicht auf die Besetzung von Samos, die schon vorbereitet war, auf die Tatsache zurückzuführen, daß Italien durch Frankreichs Solidarität unterstützt wurde. England dagegen (und es kann sein, mehr die Presse, als die leitenden Persönlichkeiten) hat mit seiner zweideutigen Haltung nur erreicht, daß einerseits Griechenland zum Widerstand ermuntert und andererseits Italien gezwungen wurde, noch stärkere Sanktionen zu ergreifen.“ In gleichem Sinne erklärt die „Idea Nazionale“, England nehme seine Zuflucht zum Völkerbund nicht nur wegen der in Wahrheit gar nicht bestehenden Gefahr eines kriegerischen Konflikts in der Adria, sondern vor allem angesichts der in der Tat bestehenden Gefahr der unvermeidlichen Wiederherstellung der italienischen Autorität im Orient. England wolle verhindern, daß Italien als Großmacht in dem Gebiete zwischen dem Ägäischen Meer und Konstantinopel wieder erstehe. Der Völkerbund sei nur eine „gefährliche Kreatur der englischen Politik“. Die „Epoca“ meint, es sei eine traurige Wahrheit, daß die „Regierung der Athener Mörder“ schon längst pflichtgemäß die verlangten Reparationen geleistet hätte, wenn sie sich nicht von England unterstützt glaubte. Die englischen Freunde des Ministerpräsidenten Gonatas seien in jedem Maße vor der ganzen Menschheit verantwortlich für den Verlauf der Ereignisse. Die „Tribuna“ möchte indessen einen Unterschied machen zwischen der „amerikanisierten“ englischen Presse und dem englischen Volke, das besser sei, als seine Presse.

Eine Erklärung der albanischen Regierung.

Die albanische Regierung hat aus Tirana der Stefani-Agenzur eine Erklärung zugesandt, in der gesagt wird, daß die Aufruhrungen der griechischen Regierung die Ehre der albanischen Nation verleihen und die Errichtung über Griechenland noch verstärken. Die albanische Regierung protestiert energisch gegen die griechischen Informationen, die schon allein durch die Tatsache Lügen gestraft würden, daß in ganz Südalbanien gegenwärtig nicht eine einzige Bande sei.

Brasilien und Uruguay stellen sich auf die Seite Italiens.

Die italienische „Tribuna“ meldet, daß Brasilien und Uruguay ihre Völkerbundsveteranen haben, sich mit dem Standpunkt Italiens zu solidarisieren. Das bedeutet, daß Brasilien und Uruguay, wenn Italien aus dem Völkerbund austreten sollte, dasselbe tun werden.

Die Kosten der Besetzung Korfu.

Das italienische Kabinett hat die griechische Regierung davon in Kenntnis gesetzt, daß die Kosten der Besetzung Korfu, die von Griechenland bedient werden sollen, eine Million lire täglich betragen. In griechischen diplomatischen Kreisen erklärt man, daß falls die Besetzung Korfu nicht zurückgezogen wird, die ganze Nation eine einmütige Aktion unternehmen werde.

Die Garnison von Korfu auf dem Wege nach Athen.

Die kleine, aus 120 Soldaten und Gendarmen bestehende griechische Garnison hat sich mit dem Präfekten und dem Polizeichef nach Athen eingeschifft.

Die Suche nach den Mörfern der italienischen Grenzdelegierten.

Nach einer Meldung aus Janina sind die Mörder der Mitglieder der italienischen Delegation Mitglieder der Organisation der Panapiraten, die sich fast ausschließlich aus Offizieren und Vertretern griechischer Behörden zusammensetzt. Zu der Leitung der Organisation soll u. a. Oberst Vokaris gehören. — Die griechische Regierung hat eine Million Drachmen für die Auffindung der Mörder ausgesetzt.

Frankreich in Deutschland.

Die interalliierte Rheinlandkommission verbietet die Goldanleihe.

Nach einer Meldung aus Köln hat die interalliierte Rheinlandkommission beschlossen, daß das Gesetz über die Goldanleihe im besetzten Gebiet keine Anwendung zu finden habe. Infolgedessen werde sie alle Einzahlungen auf die Goldanleihe verbieten. Alle Platate und Zeitungsaufrufserfordernisse zur Bezeichnung seien im besetzten Gebiet untersagt, ebenso jede Einzahlung auf die Goldanleihe. Einige eingesetzte Beträge würden beschlagnahmt. Ob dieses Verbot auch auf die englische Zone Anwendung findet, hat sich bisher nicht feststellen lassen.

Ausgewiesen.

Die „Kölner Zeitung“ meldet aus Düsseldorf, der stellvertretende Regierungspräsident Oberpostrat v. Amelunxen ist von den Franzosen ausgewiesen worden. Es ist dies der fünfte Stellvertreter des ausgewiesenen Regierungspräsidenten Dr. Grüner.

Eine sonderbare Meldung.

Während französische Truppen am Rhein und Ruhr stehen, meldet der „New York Herald“, daß Poincaré ein Wirtschaftsbündnis mit Deutschland für notwendig und unerlässlich ansieht, da sich die Industrien der beiden Nationen ergänzen. Daß ein Wirtschaftsbündnis zu einer politischen Verständigung führen könnte, wird in französischen Regierungskreisen als durchaus möglich bezeichnet, falls sich Deutschland mit der französischen Versicherung zufrieden gebe, daß die Besetzung des Ruhrgebiets aufgegeben werde, sobald das Reich bezahle. Diese Kreise versicherten sich

nicht der Erkenntnis, meint das Blatt, daß es sowohl für Frankreich wie für Deutschland besser sei, einen Wirtschaftsbündnis zu bilden, als von Generation zu Generation Milliarden für Kriegsrüstungen zu verwenden. Obgleich die französische Regierung bereit sei, sich über eine Verständigung mit Deutschland auszusprechen, betonte Poincaré, daß diesen erst eine befriedigende Lösung des Reparationsproblems, von dem das Wohlergehen Deutschlands und ganz Europas abhänge, vorausgehen müsse. Aus diesem Grunde wollten die französischen Behörden auf die Anstrengungen, die Stinnes, Thyssen, Krupp (?) und andere industrielle Magnaten zur Einleitung privater Geschäfte auf Kosten der Reparationsache machen wollten, nicht eingehen. Der „New York Herald“ hält es für wahrscheinlich, daß Poincaré und Baldwin infolge der verhänglichen Haltung des Kanzlers nicht zusammentreffen werden.

Die Teuerung in Deutschland steigt weiter.

Die Reichsindezziffer in der ersten Septemberwoche.

Die Reichsindezziffer für die Lebenshaltungskosten (Ernährung, Wohnung, Heizung, Beleuchtung und Bekleidung) beläuft sich nach den Feststellungen des Statistischen Reichsamtes für den 3. September auf 1845 261. Die Steigerung gegenüber den Ziffern für die Vorwoche (1183 434) beträgt somit 5,6 Prozent. Für den Durchschnitt des Monats August berechnet sich die Reichsindezziffer auf 586 045 gegenüber 576 651 im Durchschnitt des Juli; die Steigerung beträgt somit 14,7 Prozent. Die Lebenshaltungskosten ohne Bekleidung sind im Durchschnitt August auf das 508 631fache, die Ernährungskosten allein auf das 500 485fache, die Bekleidungskosten auf das 1 089 571fache der Vorwagszeit gestiegen.

Neue Erhöhung der Bahntarife.

Zur Schonung des Wirtschaftslebens hatte der Reichsverkehrsminister auf Wunsch des Reichskabinetts am 1. 9. die Schlüsselzahl der Eisenbahntarife nur in einem Umfang erhöht, der einen erheblichen Teil der Ausgaben ungedekt ließ. Die in der Zwischenzeit eingetretene erhebliche Versteinerung der Kohlen und anderer Materialien sowie das Steigen der Löhne und Gehälter zwingt die Reichsbahn, zur angrenzenden Deckung ihrer Selbstkosten am 11. 9. die Schlüsselzahl für den Personentreis auf 1,5 und für den Güterverkehr auf 5 Millionen festzulegen. Zu berücksichtigen ist hierbei, daß hiermit eine Abdeckung für die Kosten des Ruhreinbruchs noch nicht erfolgt und Reserven irgend welcher Art nicht angesammelt sind. Auch ist eine in Aussicht stehende weitere Kohlenpreiserhöhung nicht berücksichtigt.

Neue Preiserhöhungen für Kohlen und Zucker.

In Berlin sind infolge der eingetretenen Erhöhung der Produktionspreise eine entsprechende Heraufsetzung der Kleinverkaufspreise für Brüder und Röts erforderlich geworden. Die Preise stellen sich für Brüder mit sofortiger Wirkung, für Röts mit Wirkung vom 5. September ab wie folgt: Brüder je Bentzer (ab Lager) 8 885 000 M., (frei Keller) 4 063 000 M. Röts (ab Lager) 9 693 000 M., (frei Keller) 9 898 000 M. Wie sprunghaft diese Steigerung ist, geht daraus hervor, daß die zuletzt geltenden Preise 8 120 000 M. für Brüder und 7 585 000 M. für Röts frei Keller betragen.

Über die Preise für Zucker teilt die Berliner Hauptgeschäftsstelle des Zuckerverkehrs der Presse mit: Der Oberpräsident hat den Zuckerpreis für die Abgabe von dem Großhandel an den Kleinhandel in Groß-Berlin und Brandenburg für die laufende Woche auf 126 750 000 M. je Doppelzentner Basis Melis frei Haus Berlin bzw. frei Haus des Einzelhändlers am Wohnort des Großhändlers festgesetzt. Unter Zugrundelegung der Verdienstspanne für den Kleinhandel dürfte der Ladenpreis je nach der Qualität 773 000 bis 790 000 M. für ein Pfund Zucker betragen.

Preise für Brot und Gebäck in Berlin.

Seit Donnerstag kostet in Berlin ein markenfreies Brot 1 050 000 Mark, eine markenfreie Schuppe 50 000 Mark. Die andern Gebäckpreise wurden dementsprechend erhöht.

Die Preise für Herrenbekleidung.

Ein fertiger Winteranzug (solide Ware) kostet jetzt nach den Angaben eines Berliner Blattes etwa 180 Millionen Mark für sogenannte „gute Arbeiterkleidung“, die aus weniger teuren Stoffen hergestellt wird, rechnet man in der Konfektion in der letzten Woche mit 85 bis 40 Goldmark, bessere Qualität mit 45 bis 60 Goldmark. Für Männer ist die Grundlage ganz ähnlich wie für Anzüge. Sie sind um ein geringes billiger, weil sie weniger Butanten als Anzüge verlangen. Wer es sich leisten kann, an einen Sportpelz zu denken, wird doch überrascht sein, wenn er hört, daß die gängigsten Sorten dieses beliebten Kleidungsstückes Milliarden bei dem Käufer voraussehen. Gute Sachen und erst recht bessere Gebpelze gehen in die Behner-milliarden hinein. Die modernen Stehuhle legen Fragen mit den langen Spangen erfordern bereits 2 und 2½ Millionen Mark. Die Qualität der Leinentücher ist dabei überall wenig ansprechend, zuweilen unterliebt sie sich wirklich nicht von „Dauerwäsche“, zu der schon sehr breite Schichten übergegangen sind. Krawatten werden am Schluss der Woche mit 12 bis 35 Millionen ausgezeichnet. Eine Flauschweste ist kaum unter 100 Millionen zu erhalten. Selbst die Strumpfhalter sind schon zu einer Millionenangelegenheit geworden; für zwei Millionen werden Exemplare verabfolgt, die nicht einmal das Wort „dauerhaft“ hören können, ohne wie Zunder zu zerfallen. Sodann aus den wegen ihrer Billigkeit stark bevorzugten Makotostoffen kosten mindestens 2 bis 2,8 Millionen. Baumwollsocken zwischen 4 und 5 Millionen Mark. Und man kann recht viel davon gebrauchen; denn sie zerreißen leicht. Handchuhe sind eine besonders kostspielige Erwerbung geworden, gehören aber auch mit auf die Liste der ganz unerhölichen Wintersachen. Baumwollhandschuhe erfordern mindestens 5 Millionen Mark, Nappahandschuhe sind mit 22 Millionen Mark ausgezeichnet.

Der Teuerungszuschlag für die Beamten.

Auf Grund der Verhandlungen mit den Spitzenverwaltungen wurde vorbehaltlich der Zustimmung des Reichsrats und des Reichstags, der Teuerungszuschlag für die Reichsbeamten, Pensionäre usw. mit Wirkung vom 1. September ab auf 3 884 000 Prozent, der Frauenzuschlag auf 20 Millionen festgesetzt.

Reichsarbeiterlöhne.

Die Verhandlungen mit den Spitzenorganisationen der Reichsarbeiter führten zur Festsetzung der Lohnmehrzahl auf 2350 mit Wirkung vom 2. September ab. Hierach wird in Ortsklasse A der Stundenlohn des

Ländliche Haushaltungs-Schule Janówiec, Sr. Znin.

Beginn des Winterlehrgangs: Anfang Oktober. Gründliche Ausbildung in seiner Küche, Feinbäckerei, Einmachen, Weißnähern, Schneidern, feinen Handarbeiten, Wäschebehandlung, Glanzplatten. Pensionspreis 4 Gulden pro Monat. Anmeldungen sind an die

(8776)

Leiterin Fräulein Erna Lehrling zu richten.

Vom 2. bis 27. Oktober d. J. findet i. Danzig ein Ausbildungskursus f. Milchviehkontrollassistenten (innen)

statt. Landwirtsöhne und Töchter sowie Angehörige verwandter Berufe im Alter von 18—30 Jahren wollen sich unter Einreichung etwaiger Zeugnisse nebst Lebenslauf melden beim

Berband der Milchviehkontrollvereine im Freistaat Danzig, Danzig, Sandgasse 21.

Erstklassiges Wein- u. Spirituosen-Versandhaus

NYKA & POSŁUSZNY

Telephon 1194 Poznań Wrocławska 33/34

Vereidigte Meßweinlieferanten

(vinum consecrabile)

fachmännische, gewissenhafte und zufriedenstellende Bedienung.

20—400 Morgen große Landbesitzungen

mit voller Ernte, totem u. lebendem Inventar, möglichst nicht weit von der Bahn gelegen, sucht und bittet um Offerten

Bank Komisowy, Kościan, Aleja Kościuszki 43.

Zur Herbstsaat biete ich an:
Orig. Hildebrand's Zeeländer Roggen,
Orig. Hildebrand's Fürst Hatzfeld-Winterweizen,
Orig. Hildebrand's Dickekopf-Winterweizen,
Orig. Hildebrand's Winterweizen, Stamm 80,
Orig. Hildebrand's Winterweizen, Kreuzung J. R.

C. Hildebrand, Kleszczewo,
Kreis Środa, Post Kostrzyn.

Bestellungen erbeten an die
Saatgutgesellschaft Poznań, ul. Wjazdowa 3.

Mohlsachs (Flachsstroh),
Möjtachs,
Anickslachs,
Speisekartoffeln en gros gegen
Fürst Lichnowsky'sche Flachsdeckenkaufs-Centrale.

Offerten mit Angabe der Menge zu senden an den
Leiter der Centrale W. R. v. Wolański in Kompen, Hotel Central.

Ausschneiden!

Ausschneiden!

Postbestellung.

An das Postamt

in

Unterzeichneter bestellt hiermit

1 Posener Tageblatt (Posener Warte)
für den Monat September 1923

Name

Wohnort

Postamt

Straße

Teatr Pałacowy, Plac Wolności 6.

Vom 4. bis 9. September:

Der Zirkus-Dämon

Ein Zirkusdrama, das unerreichte Spannung hervorruft, in 6 Akten.

In den Hauptrollen:

Hanny Weisse, Gertrud Welcker u. Karl de Vogt.

Erstklassiges Konzert unter Leitung des Herrn Dzieczkowski.

Spielplan des Großen Theaters.

| | |
|------------|--|
| Freitag, | Eröffnung der Spielzeit. |
| Sonnabend, | den 7. 9., "Halka", Oper von Moniuszko. |
| Sonntag, | den 8. 9., "Bohème", Oper von Puccini. |
| Montag, | den 9. 9., abends: "Die Fledermaus" Komische Oper von Strauß. |
| Dienstag, | den 10. 9., "Lohengrin", Romantisch Oper von Wagner. |
| Mittwoch, | den 11. 9., "Die schöne Helena", Romantische Oper von Offenbach. |
| | den 12. 9., "Traviata", Oper von Verdi. |

K Colosseum zw. Marein 65.

I Vom 4.—9. September:

N Das Gesetz des Korans.

Außerordentliche Spannung hervorrufendes Sensations- und Abenteuerdrama aus dem geheimnisvollen Osten aus der Kunstanstalt PATHE in Paris.

Neues vergrößertes Orchester.

Bin zurückgekehrt

Dr. Pincus

Sanitätsrat

Spezialist für Kinderkrankheiten

Poznań, pocztowa 31, Telephon 2331.

Sprechstunden: Wochentags von 11—1 Uhr.

Berlin-Posen.

Taufsche eine Boderwohnung, eine Stube, Korridor und Küche, dicht am Bahnhof gelegen, gegen 2 Stunden, auch mehr, in Poznań. Ost. unter 8975 a. d. Geschäft. d. Bl. erb.

Archivmärkten.

Kreuzkirche. Sonntag, 10: Gd. D. Staemmler. — 11: Kinderg. Derl. St. Petrikirche. (Evangel. Unitätsgemeinde.) Sonnabend, 6: Wochenabluftgottesdienst. Hirsch. Sonntag, 10: Gottesd. Schneider. — 11½: Kgd. Derl. — Amtswoche: Hirsch.

St. Paulikirche. Sonntag, 10: Gd. Stuhlmann. — 11½: Kinderg. Derl.

Mittwoch, 8: Bibelstunde. D. Staemmler. — Amtswoche: Derl.

Ev.-luth. Kirche, ulica Ogrodowa 6 (früher Gardestr.) Sonntag, 9½: Predigtg. Hoffmann. — 12:40 (Ausflugsbüro): Ausflug des Kirchenchores nach Ludwipow. — Donnerstag, 4: Frauen- und Jungfrauenverein. — Freitag, 8: Kirchenchor.

St. Lukas Kirche. Sonntag, 10: Predigt. Büchner.

— 12: Kgd. Derl.

Christuskirche. Sonntag, 10: Gottesd. Rhode.

— Danach Kinderg. — Mittwoch, 8: Bibelstunde.

St. Matthäi-Kirche. Sonntag, 10: Gd. Rand. Nebenhäuser. — 11½: Kgd. Derl.

Montag, 8: Männerversammlung. — Dienstag, 8: Kirchenchor. — Freitag, 8: Bibelstunde. — Wochentags 7½: Morgenandacht.

Sassenheim. Sonntag, 10: Waldgottesdienst mit Bläserchor. 6½: Abendand.

Ev. Verein junger Männer. Sonntag: Ausflug nach Sassenheim. Treffen 7½

Gitar. — Montag, 8: Blasen. — Mittwoch, 7½:

Vorberichtung der Monatsversammlung. — 9: Bibelstunde. — Donnerstag, 8: Blasen. — Sonnabend, 8½: W.-Schl.-Andacht.

Kapelle der Diakonissenanstalt. Sonnabend, 8: Wochenabluftgottesdienst. Sarow.

Sonntag, 10: Gottesdienst. Derl.

Christliche Gemeinschaft. (im Gemeindesaal d. Christuskirche ul. Matejki). Sonntag, 6: Jugendbundsgemeinde.

E. G. — 7½: Evangelisation.

— Freitag, 7½: Bibelbelehrungsstunde. — Feder-

mar herzlich eingeladen.

Dachziegel [Biberschwänze]

in ersten Qualitäten zu billigen Preisen liefert als Spezialität

Gustav Glaetzner, Poznań 3,

Dachziegel-Zentrale und Baumaterialien-Großhandlung ul. Przecznica 1. gegr. 1907. Tel. 3578. Telgr.-Adr.: Dachglætzner, Poznań.

Zur Anschaffung empfehlen wir:

Posener Sprachführer polnisch-deutscher Wegweiser

enthaltend:

Straßen und Plätze — Die wichtigsten Behörden und ihre Abteilungen — Eisenbahn — Elektrische Straßenbahn — Post — Gericht — Allerhand Aufschriften in öffentlichen Gebäuden — Aufschriften auf Geschäftsschildern — Speisekarte — Deutsches Register usw.

Preis Mr. 10 000.—

nach auswärts mit Porto zugeschlag unter Nachnahme.

Posener Buchdruckerei und Verlagsanstalt T. A.

Poznań, Zwierzyniecka 6.

(r. Tiergartenstraße).

zu verkaufen:

8 PS.-"Akra"-Motor.

zu kaufen gesucht:

12 PS.-Motor.

Angebote unter Angabe der Fabrik und des Preises erh.

unter 3. 8972 an die Geschäftsstelle dieses Blattes.

Zum Verkauf:

Waschwanne (Bink), Wäschekleine, 30 Meter, fast neu, Friedensware,

Wringmaschine, Bettdecke mit Messingverschluß,

Kopfkissen (neu), Serviettentuch (Silber), Kristallkrug,

Opernglas, Nachttisch mit Marmorplatte,

Rückstuhl mit Marmorplatte, Nippitisch.

Zu ertragen Poznań, ul. Glogowska 104, I rechts.

Wir bieten neu zum Kauf an:

Mayer, Violinspieler Liebling Nr. 15, 16, für eine und für zwei Violinen.

Ferner das Buch:

Auflage (München).

12 Geschichtlein aus der Geschichte des Kommunismus, mit Abbildungen. Eine kritische Studie.

Posener Buchdruckerei u. Verlagsanstalt T. A.

Poznań, Zwierzyniecka 6.

Abt. Verlagsbuchhandlung.

Weitere, erfahrene

Stellmacher

verlängt sofort (8800)

Wagenfabrik Martin, Gniezno (Gnesen).

Stellengesucht

Ausseher,

55 Jahre alt, mit guten Zeugnissen, der vor einem halben Jahr aus Deutschl. gekommen ist, sucht Stellung vom 1. 10. 1923 oder sofort als

Hofbeamter oder Leutevogt.

Beduarek, Sobialkowo, Post Miejska-Góra, pow. Rawicz.

in 126 Haupt- u. 139 Nebenstädten, nebst vollst. alphab.

Namensverzeichnis.

4. Auflage.

Posener Buchdruckerei u. Verlagsanstalt T. A.

Abt. Verlagsbuchhandlung. Poznań, Zwierzyniecka 6.

Schwarzer Gehrock m. Weste, fast neu, zu verkaufen. Grunwaldzka 33 bei Teuber.

(8973) bei Teuber.

Gebütes besteres

Wirtschafts-Fräulein,

Ans. 30, evgl., sucht am 1. in

Poznań, g. 1. 10. 23 Stellung, mögl. in Frauen-Hausbalt.

Vorstellung: kann sofort erfolgen.

Gef. Ang. u. L. 8934 a. d. Geschäft. d. Bl. erbeten.

Gef. Ang. u. L. 8934 a. d. Geschäft. d. Bl. erbeten.

Gef. Ang. u. L. 8934 a. d. Geschäft. d. Bl. erbeten.

Gef. Ang. u. L. 8934 a. d. Geschäft. d. Bl. erbeten.

Gef. Ang. u. L. 8934 a. d. Geschäft. d. Bl. erbeten.

Gef. Ang. u. L. 8934 a. d. Geschäft. d. Bl. erbeten.

<p

Aus Stadt und Land.

Posen, den 7. September.

Ausstand der Eisenbahnwerkstättenarbeiter.

Seit einiger Zeit gärt es unter den etwa 8000 Arbeitern der Posener Eisenbahnwerkstätten. Sie waren unzufrieden darüber, daß ihre Verfassungen in Warschau und Łódź wirtschaftlich erheblich besser gestellt waren, als sie selbst, obwohl die Beuerungsverhältnisse in Posen — infolge der Unifikation! — jetzt glücklich mindestens ebenso schlecht wenn nicht noch schlechter sind, als in den genannten beiden Städten. Ihre Forderungen gipfelten daher in dem Verlangen nach Warschauer Löhnen, nach Gewährung der für die Stadt Posen beschlossenen Beuerungsverhältnisse und Maßnahmen gegen die Lebensmittelbeuerung. Zum Ausgleich für die bisherigen Mindereinnahmen gegenüber den Warschauer Löhnen beanspruchten sie die Gewährung einer einmaligen Beuerungsverhältnis in der Form eines doppelten Monatslöhns. Besondere Deputierte, die mit der Vertretung dieser Forderungen beim Warschauer Ministerium beauftragt und dorthin entsandt wurden, konnten mit ihren Wünschen nicht durchdringen. Infolgedessen wurde in wiederholten Versammlungen, die außerordentlich zahlreich besucht waren, die Streitfrage angeschnitten. Nach längeren, sehr lebhaften Aussprachen hat nun am gestrigen Donnerstag nachmittag das Eisenbahnsteikomitee die Arbeitsleidlegung aller Eisenbahner der Posener Eisenbahnwerkschaft für heut, Freitag, früh beschlossen. Heut früh verkündeten an den Bahnhäusern angebrachte Plakate den Ausbruch des Eisenbahnerstreiks. Dieser erstreckt sich jedoch zurzeit noch nicht auf das Eisenbahnpersonal, so daß der Eisenbahngüter- und Personenverkehr noch ungestört seinen Gang nimmt. An dem Ausstande beteiligt sind die Verbände des Z.B.P., P.Z.K. und Z.B.P. (Zentralverband der Eisenbahner — Polnischer Eisenbahnerverband und der Verband des Biedn. Bawdowice Polstie).

Der Zentralvorstand des Z.B.P. hatte vor dem Instruktionsrat des Streitbeschusses an den Ministerpräsidenten Witold einen Telegramm geschickt, in dem er auf die Folgen hinweist, die der Ausstand nach sich ziehen könnte, und um wohlwollende Erledigung der Forderungen der Eisenbahner batte.

Der Streikaufruf an die Eisenbahner hat folgenden Wortlaut:

"Alle Mittel, die uns zur Verfügung standen, um die Regierung auf die Notwendigkeit hinzzuweisen, unsere Bedingungen unverzüglich zu erfüllen, und auf die Folgen, die sich aus der Nichtberücksichtigung unserer berechtigten Forderungen in der gesetzten Frist ergeben könnten, sind erschöpft. Da wir keine weitere Möglichkeit zur Erledigung sehen, beschließen wir für Freitag 4 Uhr früh den allgemeinen Eisenbahnerstreik. Wir fordern die Eisenbahner auf, Ruhe zu bewahren und unsere Aktion bis zum Siege solidarisch zu unterstützen."

Unterzeichnet sind: Biwazek Kolejowy Biednoczenia Baw. Polstiego, Baw. Biednoczenia Kolejowych Kapitale Polstie und Polstki Biwazek Kolejowcow.

Ob das Eisenbahnpersonal sich dem Ausstande anschließen wird, ist noch ungewiß. Die Postamtstellen und auch andere Staatsbeamtenorganisationen sind sich noch nicht schlüssig, ob sie sich dem Ausstande anschließen werden. Das Präsidium der Eisenbahndirektion, das von dem Streitbeschuß in Kenntnis gebracht worden war, hat Gegenmaßnahmen getroffen. Aus Warschau trifft heut eine Sonderdelegation zur Aufnahme von Verhandlungen mit den Ausständigen ein.

Der Posener Eisenbahnpräsident Dobrzański hat an die Christliche Berufsvereinigung der Kondukteure, den Maschinisten- und den Beamtenverband einen Aufruf erlassen, in dem er mit Genugtuung feststellt, daß sich die Mitglieder der drei genannten Verbände nicht von der Streikagitation betören ließen. Er dankt auch allen denen, die im rechten Verständnis für die Schäden, die ein Ausstand dem Eisenbahnen und dem Staat zufügt, der Stimme der Vernunft gefolgt sind.

Der neue polnische Eisenbahntarif.

Die neue Erhöhung, die auf den polnischen Staatsbahnen ab 1. September verbindlich ist, betrifft nicht nur die Fahrkartenpreise, sondern auch alle anderen Gebührensätze des Eisenbahntarifs. In der 8. Wagenklasse des Personenzuges kostet 1 Kilometer bei einer Fahrt bis 200 Kilometer 400 M., bei einer Fahrt von 201 bis 300 Kilometer 320 M. und für die weiteren Kilometer je 240 M. Diese Säße verdoppeln sich in der 2. Klasse und verdreifachen sich in der 1. Klasse; bei der Benutzung von Schnellzügen kommt noch

ein Zuschlag von 50 Prozent hinzu. Die sogenannte Strafegebühr bei Fahrten ohne Fahrkarten oder mit falscher Fahrkarte beträgt mindestens 40 000 M., die Gebühr für Ausstellung einer Fahrkarte im Zuge 5000 M. Wer den Zug ohne Grund anhält, zahlt 40 000 M. Die Platkartengebühr wird in der 3. Klasse auf 10 000 M., in der 2. Klasse auf 20 000 M. und in der 1. Klasse auf 30 000 M. erhöht ohne Rücksicht auf die Länge der Fahrt. Eine Bahnsteigkarte kostet 4000 M. Der 100prozentige Erhöhung unterliegen auch die Säße für die Beförderung von Gepäck, sowie von Zeitschriften, Broschüren und Büchern.

Die Berechnung der Beuerungsverhältnisse. Das Arbeits- und Wohlfahrtsministerium ist verschiedentlich über die Art der Berechnung der Beuerungsverhältnisse angefragt worden. Es gibt bekannt, daß die Zulagen vom ganzen Monatssatz entweder zweimal im Monat unter Anwendung des Zweitwochenoeffizienten oder einmal im Monat unter Heranziehung des summarischen Multiplikators berechnet werden müssen.

Die Gebühren für Pässe und Sichtvermerk. Die Gebühren für Pässe und Bismarck sind jetzt folgende: Ein Auslandspass 500 000 Mark, Erlaubnis zur erneuten Ausreise 150 000 M. Bismarck 150 000 Mark, mehrfacher Pass 1 000 000 M., mehrfaches Bismarck nach Danzig für Ausländer 1 500 000 M. Erleichterungspässe 150 000 M., erleichterte Erlaubnis zur erneuten Ausreise 60 000 M., Passbuch 5000 M.

Welche Preise dürfen die Kaufleute für Tabakzusammenstellungen verlangen? In der Presse erschienen Informationen, daß die Kaufleute nur dann den Preisverzeichnissen entsprechenden Preis für Tabakzusammenstellungen verlangen können, wenn die betreffenden Waren die entsprechende Banderole aufweisen. Diese Informationen sind irrig, da bei den Preisverhältnissen eine weitere Banderole nicht angebracht wird. Die Kaufleute sind verpflichtet, die Tabakwaren nach den jeweils angeführten Preisverzeichnissen zu verkaufen. Verpflichtend hierfür sind die Vergütungen der staatlichen Monopole, ergänzt durch die Vergütungen der Fabrik Skarbowo vom 28. August 1923.

Sondergebühr für Mitteilungen auf Postanweisungen. Nach dem neuen Posttarif wird für Mitteilungen auf Postanweisungen eine Sondergebühr von 500 M. erhoben. Eine dementsprechende Marke ist auf der Vorderseite der Anweisung (linker Abschnitt, oben) aufzuhängen.

Geladene Waffen in die Eisenbahnwagen mitzunehmen, ist verboten. Eine dementsprechende Aufschrift hat die Eisenbahnbahnhöfe an den Wagenwänden anbringen lassen.

Zigaretten-Stückverkauf. Der "Dziennik Ustaw" Nr. 68 enthält eine Verordnung des Finanzministers, der aufgrund jeder konfessionierten Tabakwarenverkäufer verpflichtet ist, die staatlichen Fabrikate zu führen und auf Verlangen der Kunden auch stückweise abzugeben.

Eine große Überraschung wird jetzt den Gasverbrauchern von der Gasanstalt bereitet, indem sie zur Zahlung einer Gasfaktur in der Höhe eines Monatsverbrauchs binnen fünf Tagen vom Tage der Zustellung ab aufgefordert werden. Da diese Faktur den neuen stark gepefferten Gaspreis von 6000 Mark für das Kubikmeter zugrunde gelegt wird, so handelt es sich in allen Fällen um Summen von mehreren hunderttausend Mark.

Der Ruderclub „Neptun“ veranstaltet übermorgen, Sonntag, nachmittags 2 Uhr seine Clubregatta. Die Rennstrecke beträgt 2000 Meter, das Ziel befindet sich vor dem Bootshaus. Außer verschiedenen Rennvierern, Gigantieren und Zweirennern wird die Clubmeisterschaft im Rennreiter ausgetragen. Nach der Regatta findet die Preisverteilung im Bootshausgarten statt.

Der Deutsche Naturwissenschaftliche Verein unternimmt Sonntag, 9. d. Mts., einen Ausflug zum Annaberg. Abmarsch vom Endpunkt der Straßenbahn am Gerberdamm 9 Uhr vormittags. Versorgung ist mitzunehmen. Gäste sind willkommen.

Der Verband der Kindheitkontrollvereine im Freistaat Danzig veranstaltet vom 2. bis 27. Oktober d. J. eine Ausbildungsfürst für Milchkindkontrollaussichten (innen). Landwirtssöhne und Töchter, sowie Angehörige vermauter Berufe im Alter von 18 bis 30 Jahren können sich eine Existenz schaffen. Nach bestandener Prüfung ist Aussicht auf sofortige Anstellung vorhanden. Alles Nähere durch die Geschäftsstelle, Danzig, Sandgrube 21.

Kinderaussteigung. Gestern nachmittag gegen 6 Uhr wurde am Ausgang der ul. Dąbrowskiego (fr. Gr. Berliner Str.) ein neugeborenes Kind männlichen Geschlechts in einem Graben gefunden.

Polizeilich festgenommen wurden gestern 7 Betrunkenen, 2 Bettler, 8 Dirnen, 2 Mädchen wegen Unzuchtverdachts und 2 Personen wegen Diebstahls.

Diebstähle. Gestohlen wurden: aus einer Wohnung in der ul. Jasna 2 (fr. Buddestraße) eine goldene Damenuhr mit

dunkelblauen Steinen auf beiden Halsketten und einer 2 Meter langen goldenen Kette im Werte von 50 Millionen Mark; aus einer Wohnung der ul. Patrona Jackowskiego 23 (fr. Nollendorffstraße) ein Sommerüberzieher im Werte von 2 Millionen Mark; aus einem Friseurladen am Alten Markt 44 eine Haarschneidemajoline und zwei Kajiermesser im Werte von 1 265 000 M.; vom Boden des Hauses ul. Trzeciego Maja 3 (fr. Theaterstraße) 16 blaustreifte Oberhemden, 6 Paar Unterhemden, ein Bettzeug, 4 Kopflinsenbezüge, 22 Taschentücher im Werte von 7 Millionen Mark; aus der Hugger-Brauerei ein 9,60 Meter langer und 7 Centimeter breiter Treibriemen im Werte von 5 Millionen Mark und aus der Posener Straße 53 ein vierrädriger Handwagen im Werte von 3 Millionen Mark.

* Bromberg. 6. September. In der Nacht zum Mittwoch lehrte ein Angestellter der Kohlenfirma „Blutos“ von einer Reise aus Czerni und Königsberg zurück, wo er Geld 28 Millionen M. einkassiert hatte. In der Karlstraße, in der Nähe des Elisabethmarktes, wurde er plötzlich von einem unbekannten Manne überfallen, der ihm einige Schläge versetzte, ihn zu Bodenwarf, die Tasche entzog und damit entfloß. Die Ledertasche ist gestern auf dem Elisabethmarkt mit sämtlichen Ausweispapieren, jedoch ohne Geld gefunden worden. Der Täter ist bisher noch nicht ermittelt worden.

* Briesen. 6. September. In ein Dorfchen in der Nähe von Briesen kam im vorigen Monat ein gewisser A. K., seines Beichens Dachdecker, aus Niewald, Kreis Graudenz, der, wie sich später herausstellte, seine Frau aus dem Hause gejagt hatte. An seinem neuen Wohnorte lernte der K. bald ein Mädchen kennen, dem er sich als Witwer vorstelle und mit dem er sich verlobte. Die Freude der „glücklichen Braut“ dauerte aber nicht lange, denn bald erfuhr sie den wahren Sachverhalt und erfuhr auch, daß es ihrem Bräutigam weniger um die Braut als um ihr Geld zu tun war. Leider war es dem Menschen vorher gelungen, dem Mädchen 150 000 Mark abzuschwindeln. Der Vertrüger wurde in Haft genommen.

* Dirschau. 4. September. Am 26. und 27. d. Mts. hat die Polizei bei sämtlichen Gewerbetreibenden eine Revision der Mache und Gewichte vorgenommen. Obgleich erst fürzlich eine Nachrechnung in Rathaus stattgefunden hat und ein jeder Gelegenheit hatte, seine Geräte nachzudenken zu lassen, sind sehr viele Geräte beschlagnahmt worden. — Bei dem vorgebrachten Gewitter folgten der Blick in die mit Erntevorräten gefüllte Scheune des Pfarrers Kapinski in Seefeld ein. Bis auf einen Motor brannte die Scheune mit Inhalt vollständig nieder.

* Gnesen. 6. September. Der Kirchenraub hat noch keine Aufklärung gefunden, wie es nach der Verhaftung des Kirchenauers Gozowowski den Anschein hatte. G. mußte auf seine Beschwerde an die Staatsanwaltschaft hin aus der Haft entlassen werden. Die Nachforschungen der Untersuchungsbehörden sind bisher ergebnislos verlaufen.

* Lissa i. P. 6. September. In der Stadtverordnetenversammlung am Dienstag wählte man an Stelle des als Gymnasialdirektor nach Schrimm versetzten Professors Schnoradzki den bisherigen Stellvertretenden Vorsitzenden Rechtsanwalt Dr. Gutschke zum ersten Vorsitzenden. Für den ausgeschiedenen Prof. Schnoradzki wurde der Stadt. Ludwig Gutschke als neues Mitglied der Versammlung eingeführt. Darauf wurde die Vergnügssteuer ganz erheblich erhöht. Die Kanalanschlüsse wurden auf den 10 000fachen Friedenspreis festgesetzt. Mitgeteilt wurde, daß die Bestätigung des Bürgermeisters Nowalski aus Kolmar i. R. als Stadtoberhaupt von Lissa aus Warschau jetzt eingetroffen ist. Ferner wurde die Erhebung einer Kraftwagensteuer und die Erhebung von 100 Prozent der staatlichen veranlagten Grundsteuer als Kommunalsteuer beschlossen. Die Hundesteuer wurde nach Blothwerten festgesetzt, und zwar für einen Luxushund auf 6, einen Jagdhund auf 12, einen Kettenhund auf 1, jeden weiteren Jagdhund auf 10, jeden weiteren Kettenhund auf 2, jeden weiteren Jagdhund auf 12 Bloth.

* Murowana Goslin. 6. September. Gestern wurde hier der Arbeiter Jakob Dolata von einem Schuhmann auf der Flucht erschossen. Dolata war wegen Diebstahls festgenommen und in das Polizeibureau zur Aufnahme eines Protokolls geschafft worden. Beim Verhör zog er plötzlich einen Revolver und gab auf den Schuhmann drei Schüsse ab, glücklicherweise ohne ihn zu treffen, und flüchtete. Bei der Verfolgung gab der Schuhmann auf dem Flüchtlings einen Schuß ab, der ihn sofort tot zu Boden stieß.

* Opalenica. 6. September. Im April d. J. wurde im kleinen evangelischen Pfarrhaus eingebrochen. Damals sprach man weit und breit von dem Einbruch mit auffälligem Mitleid mit dem Pfarrer Rudolph und Frau, die erst vor kurzem verheiratet waren, und nun eines großen Teils ihrer wertvollen Sachen beraubt waren. Nun sind am 28. August die zwei Einbrecher, in der Gegend von Posen wohnhaft, von dem Landgericht in Posen zu zwei Jahren schwerem Gefängnis verurteilt worden. Auch die Gehalter, soweit sie gefasst werden

jede Verbesserung auf Hoffnung, und der Tod brachte das Ende der langen, zermürbenden Dual. Martha zerfloss in Schmerz, aber daß sie im Arm des Verlorenen weinen konnte, nahm dem Schmerz doch den schärfsten Stachel. Werner war ja lieb und zärtlich. Nur die Erfüllung seiner Wünsche in greifbare Nähe rückte, fand er auch seine Liebenswürdigkeit wieder.

Ernst Wegener sprach kaum ein Wort. Auf dem verlassenen Fensterplatz der Mutter sitzend, starzte er mit leeren Augen vor sich hin; man wußte nicht, ob völlig gebeugt oder völlig gleichgültig. In der Aufregung und dem Hin und Her der Begräbnisvorbereitungen machte sich auch niemand so rechte Gedanken darüber. Schwerfällig war er ja schon lange, was Wunder, daß er jetzt ganz in sich versank.

Kurz vor der Trauerfeier brachte der Postbote ein umjähliches Wertpaket. Vom Sarg der Mutter weg wurde Martha geholt, um dem Bruder die Notwendigkeit der Empfangsbereinigung klarzumachen. Er sträubte sich. „Ich geb meinen Namen nicht her. Man weiß nie, was für ein Streit einem daraus gedreht werden kann“, sagte er verstört. Mit Mühe gelang es Martha, ihm die Feder in die Hand zu drücken.

„Es sind ja unsere Wertpapiere, Ernst. Unser Vermögen, das aus Russland gekommen ist. Das verstehst Du doch, nicht wahr?“

Werner Lochammer trat vor Ungeduld von einem Fuß auf den andern.

„Es ist eine Torheit, etwas Wertvolles im Hause zu haben. Die Papiere hätten der Bank überwiesen werden müssen. Gib sie her; ich bringe sie sofort hin.“

„Das geht nicht. Es ist zwei Uhr, und bis drei ist die Bank geschlossen. Und die Feier beginnt gleich. Sieh, da kommen schon die ersten Herren. Du kannst mich doch jetzt nicht allein lassen. Ich lege das Paket hier in den Schrank, siehst Du? Da ist's ganz sicher, denn Ernst bleibt ja hier. Er kann nicht mit zum Kirchhof. Bist Du jetzt beruhigt?“

„Halbwegs,“ sagte er nervös. „Gib gut acht, Schwager, das Paket ist ein gefährliches Ding. Laß keinen heran, hört Du?“ rief er Ernst eindringlich zu, ehe er mit Martha das Zimmer verließ.

(Fortsetzung folgt)

Der Erbe.

I Von Wilhelmine Fleiss. (A. L. Lindner)

(Fortsetzung.)

In der Förserei war festliches Gedränge. Die Förseler und ihre Mädchen hatten alle Hände voll zu tun. Bei dem milden Wetter saß man schon im Freien. Fräulein Kubek war auch da mit zwei Jähnrichen in Zivil und lächelte leutselig und verschmitzt, als sie das Paar gewahrtte. Der brave Mühlmann, — allzu hoch schien der sich seine Ziele nicht zu stellen. Pärchen saßen an allen Tischen, und sie alle spürten den Frühling nicht minder im Blut als die Buchstaben. Die Jünglinge taten unternehmend, und die Mägdelein lächelten halb verschämt und halb herausfordernd. Martha und Bernhard saßen an einem winzigen Tischchen hart am Geländer, das den Kaffeestuhl umzog. Gleich dahinter senkte sich der Abhang schnell talabwärts, und durch die noch kahlen Bäume sah man weit hinaus ins hügelige Land.

„Wie hübsch das hier ist.“

„Ja, aber Sie sollten nur meine Heimat sehen,“ meinte er, „da ist's noch hundertmal schöner. Hier versperren einem ja die Berge immer den Blick. Sie glauben nicht, wie schön solch freier Horizont ist.“

„Haben Sie Heimweh?“

„O nein, am wenigsten heute. Es war nur so ein Gedanke. Aber wollen Sie nicht die Kaffeekanne verwählen? Es ist lange her, daß mir eine Dame einrichtete.“

„Nun also. Aber was für ein Berg Kuchen, Verchwender! Erwartet Sie Zulage?“

„Warum nicht? Glück kommt aller Tag,“ lachte er behaglich.

Als es endlich doch zum Sitzen zu feucht wurde, ging man heimwärts durch die immer noch laue, verheizungsschwere Luft, und was der Nachmittag herzerwärmend begonnen hatte, vollendete der stille, zweisame Heimweg in der leise sinkenden Dämmerung — Martha Wegener erzählte Bernhard ihre Geschichte.

